

Kay Hailbronner

Asyl- und Ausländerrecht

SR

5., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Studienreihe Rechtswissenschaften

Kay Hailbronner

Asyl- und Ausländerrecht

SR

5., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Studienreihe Rechtswissenschaften

herausgegeben von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Heinrich
Wilms (†)

fortgeführt von

Professor Dr. Winfried Boecken und Professor Dr. Stefan
Korioth

Asyl- und Ausländerrecht

von

Kay Hailbronner

Dr. jur., Dr. h. c., (em.) o. Professor der Rechte
an der Universität Konstanz
LL.M. (McGill Universität Montreal)

5., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

5. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-039704-0

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-039705-7

epub: ISBN 978-3-17-039706-4

mobi: ISBN 978-3-17-039707-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Das Lehrbuch stellt das gesamte Ausländer- und Asylrecht auf dem Stand Mitte/Ende 2020 in kompakter Form dar. Den Kern des asylrechtlichen Teils bilden die zahlreichen Änderungen, die als Folge der Flüchtlingskrise des Jahres 2015/2016 im Aufenthaltsrecht, Asylverfahrensrecht und Integrationsrecht bis Ende 2019 beschlossen worden sind. Im Zentrum des Aufenthaltsrechts stehen die gesetzlichen Maßnahmen zur Einschränkung illegaler Zuwanderung und die Neuregelung des Rechts der aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, insbesondere durch das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom April 2019. Ein weiterer großer Bereich betrifft die Erleichterung der Zuwanderung fachlich qualifizierter Ausländer durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom August 2019 und des Zugangs von geduldeten Ausländern zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt durch das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung vom Juli 2019. Aktuelle Entwicklungen beim Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern und britischen Staatsangehörigen und im Recht der Abschiebungshaft (Erweiterte Vorbereitungshaft für Asylbewerber) sind bis Dezember 2020 durch das Gesetz zur aktuellen Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes vom 12.11.2020 und Art. 3 des Gesetzes zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes vom 3.12.2020 berücksichtigt. Wie bisher ist besonderer Wert auf praxisnahe Erläuterungen gelegt. Fallbeispiele und Schemata sollen das Verständnis und die Anwendung eines komplexen und nicht selten intransparenten Normengefüges in der Verschränkung von Völkerrecht, Unionsrecht und nationalem Recht soweit wie möglich erleichtern.

Prof. Dr. Dr. h. c. Kay Hailbronner, em. Ordinarius für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht und Gründer und Mitglied des Direktoriums des Konstanzer

Forschungszentrums zum internationalen Ausländer- und
Asylrecht.

Vorwort

Das Ausländer- und Asylrecht ist seit Erscheinen der letzten Auflage erneut in einem relativ kurzen Zeitraum durch eine bisher unerreichte Fülle von Gesetzen geändert worden. Das unter Juristen bekannte Wort: Ein Federstrich des Gesetzgebers und mühevoll erarbeitete Bücher werden zur Makulatur, hat sich wieder einmal für das Ausländerrecht bewahrheitet. Ein Ende scheint mangels eines dauerhaft tragfähigen und mit einer (mangelnden) europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik in Einklang stehenden Konzepts der regulären Aufnahme von Ausländern und humanitären Aufnahme Geflüchteter ins Bundesgebiet kaum absehbar.

Teile des geltenden Aufenthalts- und Beschäftigungsrechts und des Rechts der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Geduldeten sind modifiziert. Das Lehrbuch stellt das gesamte Ausländer- und Asylrecht auf dem Stand Herbst 2020 in kompakter Form dar.

Berücksichtigt sind die zahlreichen Änderungen, die als Folge der Flüchtlingskrise des Jahres 2015/2016 im Aufenthaltsrecht, Asylverfahrensrecht und Integrationsrecht bis Ende 2019 beschlossen worden sind. Im Zentrum des Aufenthaltsrechts stehen die gesetzlichen Maßnahmen zur Einschränkung illegaler Zuwanderung und die Neuregelung des Rechts der aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, insbes. durch das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht vom April 2019. Ein zweiter großer Bereich betrifft die Erleichterung der Zuwanderung fachlich qualifizierter Ausländer durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz vom August 2019 und den Zugang von geduldeten Ausländern zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt durch das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung vom Juli 2019. Zahlreiche

weitere gesetzliche Änderungen betreffen die Datenerfassung und den Datenaustausch und die gesetzliche Neuregelung ergänzenden Normen der Aufenthaltsverordnung und der Beschäftigungsverordnung, die mehrfach im Jahr 2020 aktualisiert worden ist. Berücksichtigt sind ferner nach weitgehender Fertigstellung des Manuskripts im Mai 2020 die Änderungen des EU-Freizügigkeitsrechts durch das Gesetz zur aktuellen Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften an das Unionsrecht v. 12.11.2020 (BGBl. I S. 2416), einschließlich der Sonderregeln für britische Staatsangehörige und deren Familienangehörige und die Einfügung einer neuen Vorschrift § 62c in das Aufenthaltsgesetz über die Ergänzende Vorbereitungshaft für Asylsuchende durch das Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes v. 3.12.2020 (BGBl. I S. 2657). Wie bisher wird der Versuch gemacht, die z. T. hochkomplexen Neuregelungen, die nicht immer mit der vorhandenen gesetzlichen Regelung ausreichend abgestimmt sind, einigermaßen verständlich darzulegen, wobei der Vorrangigkeit der juristisch korrekten Darstellung des Inhalts der Bestimmungen vor Vereinfachung eingeräumt wird. Dabei erweist sich, wie auch in der Voraufgabe, dass das Ausländerrecht auch jenseits des EU-Freizügigkeitsrechts stark durch das häufig hyperkomplexe Europa- und das Völkerrecht beeinflusst wird. Ausländerrecht ist nicht nur das geschriebene nationale Recht, sondern auch Unionsrecht, Völkerrecht und internationale Rechtsprechung. Der Vereinfachung sind daher Grenzen gesetzt. Fallbeispiele sollen das Verständnis und die Anwendung dieser komplizierten Rechtslage erleichtern.

Konstanz, im Dezember 2020

Kay Hailbronner

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

A. Allgemeiner Überblick

§ 1 Migration - Zahlen und Fakten zur Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland

§ 2 Regelungsgegenstand und Rechtsquellen des Ausländerrechts

- I. Aufgabe des Ausländerrechts
- II. Historischer Überblick über die Rechtsquellen
- III. Das auf Drittstaatsangehörige anwendbare Recht
 - 1. Das Aufenthaltsgesetz
 - 2. Die Aufenthaltsverordnung
 - 3. Die Beschäftigungsverordnung
 - 4. Das Asylgesetz
 - 5. Das Ausländerzentralregistergesetz
 - 6. Das Staatsangehörigkeitsgesetz
- IV. Völkerrechtliche Verträge
- V. Das auf Unionsbürger anwendbare Recht
- VI. Das auf türkische Staatsangehörige anwendbare Recht
- VII. Das Verhältnis der verschiedenen Rechtsquellen zueinander und die Einwirkungen des Völkerrechts auf das innerstaatliche Recht

§ 3 Ausländer- und Asylpolitik im europäischen Zusammenhang

- I. Kompetenz der Europäischen Union im Bereich Visa, Einwanderung und Asyl
- II. Visapolitik und Grenzkontrolle
- III. Einwanderungspolitik
- IV. Asyl- und Flüchtlingspolitik

§ 4 Das Zuwanderungsgesetz - Zuwanderungssteuerung und Integration

- I. Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland?
- II. Das Problem der Steuerung von Zuwanderung und rechtliche Instrumentarien der Zuwanderungskontrolle
- III. Integration von Ausländern
- IV. Einbürgerung von Ausländern

B. Ausländer- und Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland

§ 5 Einreise von Ausländern - Grundlagen

- I. Völker- und verfassungsrechtliche Einflüsse auf das Ausländerrecht
 - 1. Einfluss völkerrechtlicher Verträge
 - 2. Refoulement Verbote
 - 3. Einfluss des Verfassungsrechts
- II. Voraussetzungen für die Einreise von Ausländern in das Bundesgebiet
 - 1. Die Passpflicht
 - 2. Einreisevisum
 - a) Visumerfordernis als Einreisevoraussetzung
 - b) Das nationale Visum
 - c) Das Schengen-Visum
 - 3. Das Einhalten der Einreiseformalitäten gem. § 13 AufenthG
 - 4. Einreise- und Aufenthaltsverbot
 - 5. Der Zeitpunkt der Einreise
- III. Verhinderung der unerlaubten Einreise durch Zurückweisung an der Grenze
- IV. Begriff und Wirkungen der illegalen Einreise

§ 6 Aufenthalt - Die aufenthaltsrechtliche Stellung von Drittstaatsangehörigen

- I. Aufenthaltstitel
 - 1. Typen von Aufenthaltstiteln

2. Auflagen und Nebenbestimmungen (§ 12 AufenthG)

3. Räumliche Beschränkungen und Wohnsitzzuweisungen (§ 12a AufenthG)

a) Räumliche Beschränkung (Abs. 1)

b) Zuweisung eines bestimmten Ortes (§ 12a Abs. 2 bis 3)

c) Zuzugssperre (§ 12a Abs. 4)

d) Aufhebung der Beschränkungen nach Abs. 1 bis 4 (§ 12a Abs. 5)

II. Allgemeine Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels (§ 5 AufenthG)

1. Erfüllung der Passpflicht

2. Sicherung des Lebensunterhaltes

3. Ungeklärte Identität und Staatsangehörigkeit

4. Nichtbestehen von Ausweisungsinteressen

5. Keine Beeinträchtigung oder Gefährdung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland

6. Erfüllung der Visumpflicht

7. Fehlen von allgemeinen und besonderen Versagungsgründen

8. Bearbeitungshinweise bei der Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels

III. Besondere Voraussetzungen der jeweiligen Aufenthaltstitel

1. Voraussetzungen der Aufenthaltserlaubnis

2. Voraussetzungen der Niederlassungserlaubnis

3. Voraussetzungen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU

IV. Formale Voraussetzungen für die Erlangung eines Aufenthaltstitels

V. Verlängerung eines Aufenthaltstitels

VI. Rechtsschutz bei Ablehnung eines Antrages auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels

1. Rechtsschutz bei Ablehnung eines Visums
 - a) An der Grenze
 - b) Bei der Auslandsvertretung
2. Rechtsschutz bei Ablehnung einer Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis bzw. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU

§ 7 Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit

- I. Allgemeine Grundsätze
- II. Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit an der Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Zweck der Aufnahme einer Beschäftigung und zur Erteilung von Arbeitserlaubnissen
- III. Unselbstständige Beschäftigung als Fachkraft mit qualifizierter Berufsausbildung (§§ 18 bis 18b AufenthG)
 1. Allgemeine Voraussetzungen
 2. Blaue Karte
- IV. Forscher
 1. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung
 2. Mobiler Forscher (§ 18c AufenthG)
- V. Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte (§ 18c)
- VI. ICT-Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer (§§ 19 bis 19b AufenthG)
 1. ICT-Karte (§ 19 AufenthG)
 2. Kurzfristige Mobilität (§ 19a) und Mobiler-ICT-Karte (§ 19b AufenthG)
- VII. Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte (§ 20)
- VIII. Aufenthaltstitel und aufenthaltserlaubnisfreie Beschäftigung unabhängig von einer Qualifikation als Fachkraft (§ 19c und §§ 19e, 4a)
 1. Arbeitnehmer ohne berufliche Qualifikation (§ 19c Abs. 1)
 2. Arbeitnehmer mit berufspraktischen Kenntnissen (§ 19c Abs. 2)

3. Aufenthaltstitel aus besonderem öffentlichem Interesse (§ 19c Abs. 3)
4. Beamte (§ 19c Abs. 4)
5. Europäischer Freiwilligendienst (§ 19e)
6. Saisonabhängige Beschäftigungen (§ 4a Abs. 4 AufenthG i. V. m. § 15a BeschV)
7. Beschäftigung von Personen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung
8. Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte geduldete Ausländer zum Zweck der Beschäftigung (§ 19d AufenthG)

IX. Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit (§ 21 Abs. 1 AufenthG)

§ 8 Aufenthalt zum Zweck des Studiums und der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung

I. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums und der Mobilität im Rahmen des Studiums (§ 16b und c)

1. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums (§ 16b AufenthG)
2. Mobilität im Rahmen des Studiums (§ 16c AufenthG)

II. Studienbezogenes Praktikum EU (§ 16e)

III. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung (§ 16a)

IV. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Absolvierung von Sprachkursen und Schulbesuch (§ 16f)

V. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Durchführung von Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (§ 16d)

VI. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes (§ 17 AufenthG)

§ 9 Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

- I. Aufenthaltserlaubnis für Asylberechtigte und International Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 1 und 2 AufenthG)
- II. Aufenthaltserlaubnis bei Aussetzung der Abschiebung (§ 25 Abs. 3 AufenthG)
- III. Vorübergehende Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG)
- IV. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis aufgrund einer außergewöhnlichen Härte (§ 25 Abs. 4 Satz 2)
- V. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel oder Opfer einer Straftat nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (§ 25 Abs. 4 a und 4 b AufenthG)
- VI. Aufenthaltserlaubnis bei Unmöglichkeit der Ausreise (§ 25 Abs. 5 AufenthG)
- VII. Humanitäre Aufnahme aus dem Ausland (§ 22 AufenthG)
- VIII. Humanitäre Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden oder das Bundesinnenministerium (§ 23 AufenthG)
- IX. Aufenthaltsgewährung in Härtefällen (§ 23a AufenthG)
- X. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG)
- XI. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden (§ 25a AufenthG)
- XII. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b)
- XIII. Geltungsdauer der Aufenthaltserlaubnis und Übergang zu einer Niederlassungserlaubnis (§ 26 AufenthG)

§ 10 Aufenthalt aus familiären Gründen

- I. Verfassungs-, völker- und europarechtliche Grundsätze zum Schutz der Ehe und Familie
- II. Systematik des Familiennachzugsrechts und Allgemeine Voraussetzungen
 - 1. Systematik der §§ 27 ff. AufenthG
 - 2. Allgemeine Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Familiennachzugs (§§ 5, 27 ff. AufenthG)
 - 3. Grundsätze des Familiennachzugs (§ 27 AufenthG)
 - a) Familiäre Lebensgemeinschaft
 - b) Abhängigkeit von Sozialleistungen für andere Familienangehörige (§ 27 Abs. 3 Satz 1 AufenthG)
 - c) Dauer der Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug (§ 27 Abs. 4 AufenthG)
- III. Familiennachzug zu Ausländern
 - 1. Allgemeine Voraussetzungen (§ 29 Abs. 1 AufenthG)
 - a) Aufenthaltstitel
 - b) Ausreichender Wohnraum
 - 2. Familiennachzug zu Asylberechtigten Konventionsflüchtligen und Resettlement-Flüchtligen (§ 29 Abs. 2 AufenthG)
 - 3. Nachzug zu Inhabern einer humanitären Aufenthaltserlaubnis (§ 29 Abs. 3 und 4 AufenthG)
 - 4. Nachzug zu Ausländern, denen vorübergehender Schutz nach § 24 Abs. 1 AufenthG gewährt wurde (§ 29 Abs. 4 AufenthG)
 - 5. Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (§ 36a)
 - 6. Ehegattennachzug zu Ausländern (§ 30 AufenthG)
 - a) Allgemeine Voraussetzungen
 - b) Eigenständiges Aufenthaltsrecht des Ehegatten

7. Kindernachzug zu Ausländern (§ 32 AufenthG)

- a) Allgemeine Voraussetzungen
- b) Eigenständiges Aufenthaltsrecht des Kindes
- c) Aufenthaltsrecht eines im Bundesgebiet geborenen Kindes (§ 33 AufenthG)

8. Nachzug sonstiger Familienangehöriger (§ 36 Abs. 2 AufenthG)

IV. Familiennachzug zu Deutschen (§ 28 AufenthG)

- 1. Allgemeine Voraussetzungen zur Erlangung eines Aufenthaltstitels
- 2. Verlängerung und Eigenständigkeit des Aufenthaltsrecht für Familienangehörige eines Deutschen

§ 11 Besondere Aufenthaltsrechte

I. Recht auf Wiederkehr (§ 37 AufenthG)

- 1. Wiederkehrrecht junger Ausländer
- 2. Wiederkehrrecht für Rentner

II. Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche (§ 38 AufenthG)

- 1. Im Bundesgebiet lebende ehemalige Deutsche
- 2. Im Ausland lebende ehemalige Deutsche

III. Irrtümliche Behandlung als Deutscher (§ 38 Abs. 5)

IV. Aufenthaltserlaubnis für in anderen EU-Mitgliedstaaten Aufenthaltsberechtigte (§ 38a)

V. Aufenthaltserlaubnis in begründeten Ausnahmefällen (§ 7 Abs. 1 Satz 3 AufenthG)

VI. Altfallregelung für geduldete Ausländer (§ 104a AufenthG)

§ 12 Ende des Aufenthalts - aufenthaltsbeendende Maßnahmen

I. Die Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG)

II. Rücknahme und Widerruf eines Aufenthaltstitels

III. Die Ausweisung (§§ 53 ff. AufenthG)

1. Grundsätze
 - a) Begriff der Ausweisung und Systematik des Ausweisungsrechts
 - b) Verhältnismässigkeit der Mittel
 - c) Aspekte der Interessenabwägung (§ 53 Abs. 2 AufenthG)
2. Die Ausweisung wegen strafgerichtlicher Verurteilung – Spezialprävention und Generalprävention
3. Aufklärungspflichten
4. Besonderer Ausweisungsschutz für privilegierte Ausländer (§ 53 Abs. 3 bis 3 b AufenthG)
 - a) Zielsetzung und Systematik
 - b) Assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige und EU-Daueraufenthaltsberechtigte
 - c) Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge
 - d) Subsidiär Schutzberechtigte
 - e) Asylbewerber
5. Ausweisungsinteressen (§ 54 AufenthG)
 - a) Systematik
 - b) Besonders schwerwiegende Ausweisungsinteressen (§ 54 Abs. 1 AufenthG)
 - c) Schwerwiegende Ausweisungsinteressen (§ 54 Abs. 2 AufenthG)
 - d) Besonders Schwerwiegende Bleibeinteressen (§ 55 Abs. 1 AufenthG)
 - e) Schwerwiegende Bleibeinteressen (§ 55 Abs. 2 AufenthG)
6. Der Rechtsschutz gegen eine Ausweisung

§ 13 Die zwangsweise Vollstreckung der Ausreisepflicht

- I. Die Zurückschiebung (§ 57 AufenthG)
 1. Rechtsnatur

2. Voraussetzungen
3. Sonderregelungen für Asylbewerber
4. Zurückschiebungshaft
5. Rechtsschutz gegen die Zurückschiebung
- II. Die Abschiebung (§§ 58 ff. AufenthG)
 1. Rechtsnatur
 2. Abschiebungsvoraussetzungen
 - a) Überblick
 - b) Vollziehbare Ausreisepflicht
 - c) Abschiebungsgrund
 - d) Überwachungsmaßnahmen (§ 58 Abs. 4 bis 10)
 - e) Abschiebungsandrohung
 3. Abschiebungsverbote und Abschiebungshindernisse
 - a) Systematik
 - b) Abschiebungsverbot bei Verfolgung aus Gründen der Genfer Flüchtlingskonvention und Gefahr eines ernsthaften Schadens (internationaler Schutz i. S. der Anerkennungsrichtlinie 2011/95)
 - c) Sonstige Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 3 bis 5)
 - d) Erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit (§ 60 Abs. 7 AufenthG)
 4. Ablauf der Ausreisefrist
 5. Der Vollzug der Abschiebung
 6. Rechtsschutz
- III. Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG)
- IV. Überwachung ausgewiesener oder einer Abschiebungsanordnung nach § 58a unterliegender Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit (§ 56 AufenthG)
- V. Abschiebungshaft
 1. Systematik und allgemeine Grundsätze

2. Vorbereitungshaft und Ergänzende Vorbereitungshaft

3. Sicherungshaft und Gewahrsam

- a) Allgemeine Voraussetzungen
- b) Vermutung der Fluchtgefahr (Abs. 3 a)
- c) Konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Fluchtgefahr (Abs. 3 b)
- d) Fristen für die Dauer der Abschiebungshaft
- e) Behördlicher Abschiebungsgewahrsam (Abs. 5)
- f) Mitwirkungsgewahrsam (Abs. 6)
- g) Richterlicher Ausreisegewahrsam (§ 62b)
- h) Gerichtliches Verfahren

4. Kosten einer Abschiebung

VI. Räumliche Beschränkungen, Wohnsitzauflagen und Ausreiseeinrichtungen (§ 61 AufenthG)

- 1. Räumliche Beschränkung
- 2. Wohnsitzauflage
- 3. Sonstige Auflagen und Bedingungen
- 4. Ausreiseeinrichtungen

VII. Einreise- und Aufenthaltsverbot als Instrument der Durchsetzung von Ausreisepflichten (§ 11 AufenthG)

- 1. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
- 2. Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbots
- 3. Versäumung der Ausreisepflicht
- 4. Abgelehnte Asylbewerber
- 5. Aufhebung der Sperrwirkung
- 6. Betretenserlaubnis (§ 11 Abs. 8)

§ 14 Die Duldung als Vollstreckungs- und Legalisierungsinstrument (§§ 60a bis 60d AufenthG)

I. Die Duldung zum Zweck der vorübergehenden Aussetzung der Abschiebung (§ 60a AufenthG)

- 1. Allgemeines

2. Die generelle Aussetzung der Abschiebung nach § 60a Abs. 1 AufenthG
3. Der individuelle Abschiebungsstopp nach § 60a Abs. 2 AufenthG
 - a) Anspruch auf Duldung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen (Satz 1)
 - b) Inlandsbezogene Abschiebungshindernisse
 - c) Krankheit
 - d) Tatsächliche Abschiebungshindernisse
4. Nichterteilung einer Aufenthaltserlaubnis und Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht
5. Ermessensduldung aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen (Satz 3)
6. Wirkungen der Duldung
7. Rechtsschutz bei Nichtgewährung einer Duldung

II. Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG)

1. Voraussetzungen
2. Ablehnungs- und Versagungsgründe
3. Fristen

III. Beschäftigungsduldung (§ 60d)

1. Grundsätze und Zweck der Regelung
2. Voraussetzungen
3. Widerruf

IV. Duldung mit ungeklärter Identität (§ 60b)

1. Zweck und Systematik der Regelung
2. Unmöglichkeit der Vollziehung aus zu vertretenden Gründen
3. Wirkungen der Duldung nach § 60b und Rechtsschutz

§ 15 Asyl- und Flüchtlingsrecht, subsidiärer Schutz

I. Überblick

II. Flüchtlingsstatus und internationaler Schutz nach §§ 3 Abs. 1, 4 AsylG

1. Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
 2. Verfolgung
 3. Verfolgungsrisiko
 - a) Individualität und Zielgerichtetheit der Verfolgung
 - b) Gruppenverfolgung
 - c) Einzelverfolgung wegen Gruppenzugehörigkeit
 4. Nachfluchttatbestände
 - a) Objektive Nachfluchttatbestände
 - b) Subjektive Nachfluchttatbestände
 5. Verfolgungsgründe
 - a) Verfolgung aufgrund der Religion
 - b) Nationalität
 - c) Geschlechtsbezogene Verfolgung
 - d) Politische Überzeugung
 6. Verfolgungsakteure und Akteure, die Schutz bieten können
 7. Keine inländische Fluchtalternative (interner Schutz)
 8. Gründe für den Ausschluss von der Flüchtlingseigenschaft
 9. Zuerkennung, Widerruf und Rücknahme der Flüchtlingseigenschaft
- III. Subsidiärer Schutz (§ 4 AsylG)
1. Begriffe
 2. Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)
 3. Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 AsylG)
 4. Ernsthafte individuelle Bedrohung als Opfer willkürlicher Gewalt in bewaffneten Konflikten (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 AsylG)
 5. Beweisanforderungen

6. Ausschlussgründe

IV. Grundzüge des Asylverfahrens

1. Antragstellung und Verfahrensablauf
2. Dublin III VO 604/2013
3. Beschleunigte Asylverfahren – Sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsstaaten
4. Aufenthaltsgestattung, räumliche Beschränkungen und Wohnpflicht in einer Aufnahmeeinrichtung

V. Rechtsschutz

§ 16 Die Rechtsstellung der Unionsbürger

I. Rechtsquellen und innerstaatliche Geltung der Freizügigkeit

II. Aufenthaltsrecht nach dem FreizügG/EU

III. Der freizügigkeitsberechtigte Personenkreis

1. Unionsbürgerschaft als Anknüpfungspunkt für das Freizügigkeitsrecht
2. Arbeitnehmer und Arbeitsuchende
3. Studenten und Auszubildende
4. Niedergelassene selbstständig Erwerbstätige
5. Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen
6. Nicht erwerbstätige Unionsbürger
7. Familienangehörige und nahestehende Personen
8. Daueraufenthaltsberechtigte

IV. Beendigung des Aufenthaltsrechts

1. Systematik
2. Nichtbestehen des Freizügigkeitsrechts (§ 2 Abs. 7 FreizügG/EU)
3. Verlust des Freizügigkeitsrechts wegen Wegfalls der Voraussetzungen
4. Verlust des Daueraufenthaltsrechts
5. Verlustfeststellung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (§ 6 FreizügG/EU)

6. Verlust des Freizügigkeitsrechts aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit

§ 17 Die Rechtsstellung türkischer Staatsangehöriger

- I. Überblick
- II. Das Aufenthaltsrecht türkischer Staatsangehöriger, die dem regulären Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland angehören (Art. 6 ARB Nr. 1/80)
 1. Die drei zeitlich gestaffelten Arbeitsmarktzugangsrechte
 2. Begriff des „Arbeitnehmers“
 3. Ordnungsgemäßheit der Beschäftigung
 4. Zugehörigkeit zum regulären deutschen Arbeitsmarkt
 5. Ununterbrochene Beschäftigung
- III. Verlust des Aufenthaltsrechts
- IV. Familienangehörige (Art. 7 ARB Nr. 1/80)
 1. Anspruch aufgrund eines Wohnsitzes (Art. 7 Satz 1 ARB Nr. 1/80)
 - a) Überblick
 - b) Voraussetzungen
 - c) Verlust der Rechtsposition aus Art. 7 Satz 1 ARB Nr. 1/80
 2. Anspruch aufgrund des Abschlusses einer Berufsausbildung (Art. 7 Satz 2 ARB Nr. 1/80)
 - a) Überblick
 - b) Voraussetzungen
 - c) Verlust der Rechtsposition aus Art. 7 Satz 2 ARB Nr. 1/80
- V. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
- VI. Stand-Still-Klauseln im Assoziationsrecht Türkei – EU

§ 18 Das Aufenthaltsrecht britischer Staatsangehöriger und deren Familien-

angehöriger

- I. Anwendungsbereich von § 16 FreizügG/EU und Grundsätze
- II. Aufenthaltsberechtigter Personenkreis (Art. 13 AA)
- III. Familienangehörige
- IV. Nahestehende Personen
- V. Inhalt des Aufenthaltsrechts – Daueraufenthaltsrecht
- VI. Grenzgänger
- VII. Aufenthaltsbeendigung
- VIII. Wechsel des Aufenthaltsstatus
- IX. Aufenthaltsdokumente und Überprüfung des Aufenthaltsstatus

C. Definitionen

Sachverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

AA	Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirlands aus der Europäischen Union (ABl. EU 2019 C 384 I/01 v. 12.11.2019)
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AH-BMI	Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern, Bau und Heimat zum AufenthG und zum FreizügG/EU
AHBMIAA	Anwendungshinweise des Bundesministerium des Inneren, Bau und Heimat zur Umsetzung des Austrittsabkommens Vereinigte Königreich – Europäische Union v. 6.11.2020
ARB 1/80	Beschluss Nr. 1/80 des Assoziationsrats EWG-Türkei über die Entwicklung der Assoziation
AsylG	Asylgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz)
AufenthV	Aufenthaltsverordnung
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz)
AuslG-VwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum

	Ausländergesetz
AVwV-	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum
AufenthG	AufenthG
AZRG	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz)
BAFl.	Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
ber.	berichtigt
BeschV	Beschäftigungsverordnung
BeschVerfV	Beschäftigungsverfahrensverordnung
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMI	Bundesminister(ium) des Innern
BQFG	Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz
BR-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BVFG	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)
DA-BA	Durchführungsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EG	Europäische Gemeinschaften
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EZAR	Entscheidungssammlung zum Ausländer- und Asylrecht

FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FreizügG/EU	Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (Freizügigkeitsgesetz/EU)

GAD	Gesetz über den Auswärtigen Dienst
GK	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention)

HAG	Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet
HumHAG	Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge

IMK	Innenministerkonferenz
InfAuslR	Informationsbrief zum Ausländerrecht
IntV	Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung)

KMK	Kultusministerkonferenz
-----	-------------------------

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

RL	Richtlinie
----	------------